

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Korinna Schumann,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Rücktritt der Bundesregierung**

eingbracht im Zuge in der Debatte über die Dringliche Anfrage des Bundesrates Christoph Steiner und weiterer Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen betreffend Kostenlawine stoppen – Entlastung für Österreich

Die Bundesregierung hat sowohl in der Bekämpfung der Corona-Pandemie wie auch in der Bekämpfung der Inflation samt damit verbundener Teuerungen bei den Grundbedarfsgütern wie Energie und Lebensmittel versagt, was die Bürgerinnen und Bürger sowie die österreichische Wirtschaft massiv schädigt. Die Inflation in Österreich ist auf einem mehr als 40-jährigen Rekordhoch. In den letzten Wochen hat sich die Inflationsentwicklung noch einmal beschleunigt. Laut Schnellschätzung der Statistik Austria wird die Preissteigerung für April 2022 bei 7,2% liegen. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie die gestiegenen Energierechnungen, die Miete und den wöchentlichen Einkauf zahlen sollen. Mit der Inflation steigt auch die Armutsgefahr drastisch.

Die Misserfolge dieser Bundesregierung dokumentieren sich auch am Pleiten- und Pannen-System in der Pandemiebekämpfung. Wer auch immer geglaubt oder vielleicht auch nur gehofft hat, die schier unendliche Liste an Fehlschlägen in Sachen Bekämpfung der Corona-Pandemie könnte irgendwann einmal zu Ende gehen, wird von der österreichischen Bundesregierung beinahe täglich eines Besseren belehrt.

So wurde etwa ein funktionierendes Gratiestestsystem abgeschafft und eine unzureichende Teststrategie erlassen. Die Ausgabe von bereits in Österreich vorhandenen Antiviren-Medikamenten an die Patientinnen und Patienten kann noch nicht erfolgen, weil der zuständige Bundesminister bis heute die entsprechende Verordnung nicht erlassen hat. Entscheidungen und Vorgehensweisen wie diese dokumentieren beispielhaft das Versagen der Bundespolitik bei der Pandemiebekämpfung.

Die Umstellung auf erneuerbare Energie, die jetzt so notwendig wäre, ist ein einziges Scheitern. Auch gibt es keinen konkreten Plan, wie Österreich seine Gasversorgung sichern kann. Seit rund 500 Tagen hat es die österreichische Bundesregierung nicht geschafft, ein gesetzliches Klimaschutzziel zu verankern. In der Pflege ist seit zwei Jahren nichts außer Showpolitik passiert.

Zuletzt ist Österreich auch noch in den Demokratie- und Pressefreiheitsrankings abgestürzt.

Angesichts des traurigen Bildes, das die Regierungsspitze derzeit abgibt, ist es kein Wunder, dass die Vertrauenswerte in den Keller rasseln, ja sogar auf Rekordniveau gesunken sind. Das ist eine bedenkliche Entwicklung zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die seit zwei Jahren andauernde Pandemie, der schreckliche Krieg in der Ukraine, die ungebremsste Teuerungswelle und die schweren innenpolitischen Turbulenzen infolge der Korruptionsermittlungen gegen Spitzenpolitiker des den Bundeskanzler stellenden Koalitionspartners, verunsichern die Menschen in Österreich.

Österreich hat seit dem Amtsantritt der von ÖVP und Grünen gebildeten Bundesregierung am 7. Jänner 2020 den dritten Kanzler und den dritten Gesundheitsminister in nur zwei Jahren – und das in Zeiten einer weltweiten Pandemie, eines Angriffskriegs und einer Inflation, die kein Ende nimmt. Nunmehr sind mit Elisabeth Köstinger und Margarete Schramböck zwei weitere ÖVP-Ministerinnen zurückgetreten, deren politische Bilanz (Stichwort: Kaufhaus Österreich) mehr als mager ist. Der Bundespräsident kommt mit Angelobungen von Regierungsmitgliedern beinahe nicht mehr nach. Gleichzeitig werden beinahe jeden Tag neue Korruptionssachverhalte bekannt. Die Liste der Beschuldigten ÖVP-Politiker*innen und ihrer Mitarbeiter*innen wird immer länger. Und selbst wenn es nicht um Korruptionsvorwürfe geht, zeigt der Bundeskanzler zumindest moralisch fragwürdiges Verhalten, etwa indem er den berechtigten Ruf nach Aufklärung der „Cobra Libre“-Affäre als unlauter darstellt.

In dieser schwierigen Phase hätte sich das Land eine Regierung verdient, die vertrauensbildende Maßnahmen setzt und nicht einen Flop nach dem anderen produziert.

Eine Regierung, die bei allen zentralen Themen wie Teuerung, Energieversorgung, einer strukturwirksamen Pflegereform oder Informationsfreiheit scheitert, wichtige Reformen verschiebt und nichts mehr zustande bringt, hat auf der ganzen Linie versagt und sollte den Weg für Neuwahlen freimachen.

Daher stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

*„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, ihn und die weiteren Mitglieder der Bundesregierung sowie die Staatssekretär*innen des Amtes zu entheben, da sie nicht mehr über das notwendige Vertrauen verfügen.“*

